

04.09.2012

Kleine Anfrage 410

des Abgeordneten Ralf Witzel FDP

Politische Aufarbeitung des Milliardengrabs WestLB: Nachforderungen der Helaba für das plötzlich entdeckte Derivateportfolio auf der Zielgeraden der Verhandlungen – Welche Hintergründe und Begleitumstände sind dem Finanzminister zu einer denkbar erfolgten Weitergabe von Insiderwissen der WestLB an die Helaba bekannt?

Erinnern wir uns: Nachdem der Landtag Nordrhein-Westfalen am 30. Juni 2011 im zweiten Abstimmungsdurchgang und nach Parlamentsunterbrechung die Eckpunktevereinbarung zum Restrukturierungsplan der WestLB mehrheitlich gebilligt hat, hat sich ein monatelanger und intensiver Verhandlungsprozess angeschlossen, an dem die WestLB AG und die Helaba beteiligt gewesen sind.

Am 22. Mai 2012 verkündet Finanzminister Norbert Walter-Borjans bei der Vorstellung des Gesetzentwurfs der Landesregierung zur WestLB-Aufspaltung dann den Durchbruch einer grundsätzlichen Einigung und

„zeigte sich zuversichtlich, dass die Verhandlungspartner die verbleibende Zeit nutzen, die noch offenen Bewertungs- und Haftungsfragen einvernehmlich zu klären. (...) Die Sparkassen-Finanzgruppe übernimmt zusammen mit der Helaba das Verbundbank-Geschäft mit Kapitalanlagen im Wert von 40 bis 45 Milliarden Euro einschließlich risikogewichteter Aktiva in Höhe von 8,3 Milliarden Euro.“ (Medieninformation der Staatskanzlei)

Auf der Zielgeraden der Verhandlungen des Landes mit der Helaba sind dann von letzterer urplötzlich Nachforderungen gestellt worden. Der bislang erreichte Verhandlungsstand wurde von der Helaba überraschenderweise nicht mehr akzeptiert. Hintergrund ist ein spontan aufgefallenes Derivatepaket im Portfolio der WestLB-Verbundbank gewesen, das zunächst mit einem Verlustrisiko von 300 Mio. Euro bewertet worden ist und nach näherer Prüfung letztlich einen negativen Wert von 230 Mio. Euro zugeordnet bekommen hat. Die Helaba hat ferner sogar gedroht, den gesamten Deal zur WestLB-Aufspaltung kurz vor der avisierten Unterschrift an dieser Frage scheitern zu lassen.

Parallel ist aus hinreichend klaren und häufigen Verlautbarungen der Landesregierung bekannt gewesen, dass diese aufgrund des Ultimatums der EU, die WestLB aufgrund jahrelan-

Datum des Originals: 03.09.2012/Ausgegeben: 04.09.2012

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

ger Staatsbeihilfen spätestens bis zum 30. Juni 2012 zu zerschlagen, nichts so fürchtete wie ein Scheitern des Veräußerungsprozesses mit der denkbaren Konsequenz einer Vollabwicklung der gesamten WestLB.

Der Finanzminister zeigte sich über diese Vorgehensweise höchst unerfreut und kündigte daher am 8. Juni 2012 eindeutig an, nach den vielen bereits erfolgten Zugeständnissen an die Sparkassenorganisationen keine weiteren Aufweichungen und Nachverhandlungen zu Lasten des Landes mehr zu akzeptieren. In der Erklärung Walter-Borjans heißt es:

„Wenn dann die eine Seite mit einem vorher nicht bemerkten Sack voll Lasten kommt, muss sie den aus der Welt schaffen – und zwar nicht, indem sie ihn sang- und klanglos beim andern abstellt.“

Am 12. Juni 2012 verhandelte das Land erneut mit der Helaba, zusammen mit Vertretern der WestLB, deren Bad Bank Erste Abwicklungsanstalt (EAA) sowie der Sparkassenverbände Rheinland und Westfalen/Lippe. Die Nachrichtenagentur Reuters („Neue Runde im Poker um Aufspaltung der WestLB“) meldet noch am 12. Juni 2012 hierzu:

In Sparkassenkreisen wurde entsprechend die Forderung laut, dass das umstrittene Derivatepaket an die WestLB-Nachfolgegesellschaft Portigon oder an die Bad Bank der WestLB, die EAA, gehen sollte. Für beide Institute haften vor allem der Bund und das Land Nordrhein-Westfalen – in letzter Konsequenz also der Steuerzahler. NRW-Finanzminister Norbert Walter-Borjans (SPD) hat jedoch mehrfach signalisiert, dass das Land nicht noch weitere Lasten schultern will. Dem SPD-Politiker war bereits im Landtag von der oppositionellen FDP vorgeworfen worden, er habe im Poker um die Lastenverteilung den Sparkassen zu viele Zugeständnisse gemacht. Das Land muss neben milliardenschweren Haftungsrisiken auch eine Milliarde Euro als Kapitalspritze an den WestLB-Nachfolger Portigon beisteuern.“

Das traurige Ergebnis ist bekannt: Bereits einen Tag später akzeptiert der Finanzminister nach zwei Verhandlungsrunden in Frankfurt in vollem Umfang die von der Helaba vorgetragenen Interessen. Die zuletzt streitig gestellten Risiken von 230 Mio. Euro sollen in Höhe von 150 Mio. Euro auf die EAA übergehen und mit 80 Mio. Euro bei der WestLB verbleiben. Diese Verhandlungsniederlage des Landes wird dann auch noch nach weiteren Gesprächen in einer Mitteilung von Walter-Borjans am 19. Juni 2012 gelobt:

„Mit dem Ergebnis von gestern Abend können wir gemessen an den Auflagen und Möglichkeiten außerordentlich zufrieden sein.“

Am 20. Juni 2012 meldet dann die Nachrichtenagentur ddpd „WestLB-Debakel kostet die öffentliche Hand rund 18 Milliarden Euro“ und führt dazu aus:

„Der Untergang der WestLB wird für Steuerzahler und öffentlich-rechtliche Sparkassen zum Milliardengrab. Unter dem Strich wird die Abwicklung der einst mächtigsten deutschen Landesbank die öffentliche Hand rund 18 Milliarden Euro kosten, wie der nordrhein-westfälische Finanzminister Norbert Walter-Borjans (SPD) am Mittwoch mitteilte. Rund die Hälfte der Summe entfällt auf das Land. Rund sechs Milliarden Euro müssten die Sparkassen schultern, weitere drei Milliarden der Bund. In der Summe enthalten sind nach Angaben des Ministers alle Kosten von der Wertvernichtung durch den Niedergang der Bank in den vergangenen Jahren, über die Milliarden für Staatsgarantien bis hin zu den Pensionslasten.“

Bis zum heutigen Tage ist ungeklärt, auf Basis welcher neuen Erkenntnisse oder ggf. sogar aufgrund welcher etwaigen Hinweise von Insidern der WestLB dann die Helaba noch unerwartet auf der Zielgeraden des Verhandlungspokers ihre auf neue Risikoabschätzungen ge-

gründeten Nachforderungen von letztlich 230 Mio. Euro erhoben hat und offenbar kenntnisreich wie sachlich gut begründet auch durchsetzen konnte.

Ich frage daher die Landesregierung:

1. Seit welchem Zeitpunkt genau ist dem Finanzminister persönlich erstmals die neue Problematik der Verlustrisiken aus Derivaten bekannt geworden, die er als „vorher nicht bemerkten Sack voll Lasten“ bezeichnet hat?
2. Welche Erklärungen hat der Finanzminister für die plötzlich in der 23. KW 2012 seitens der Helaba erstmals geltend gemachte Risikovorsorge für das Derivateportpolio, nachdem dieser Aspekt in sämtlichen Verhandlungsrunden all die Monate zuvor nie Erörterungsgegenstand gewesen ist?
3. Welche genauen Bewertungen des in Rede stehenden, von der Helaba völlig unerwartet identifizierten Derivateportfolios haben die bei der WestLB für diese Risiko- und Bewertungsfragen Zuständigen zu diesem Sachverhalt intern vorgenommen und / oder gegenüber dem Eigentümer Land vor, während und nach dem Helaba-Streit in der 24. KW 2012 kommuniziert?
4. Welche einzelnen Erkenntnisse liegen dem Finanzminister zu der Fragestellung vor, ob es im Zusammenhang der Verhandlungen mit der Helaba im Juni 2012 ggf. sogar erst durch etwaige Insiderinformationen bzw. die mögliche Weitergabe von Geschäftsgeheimnissen seitens der WestLB zu der Nachforderung von letztlich 230 Mio. Euro auf Seiten der Helaba gekommen ist?
5. Sind im Zusammenhang mit der unerwarteten Helaba-Derivateforderung nach dem Kenntnisstand des Finanzministers gegebenenfalls auch rechtliche Schritte (wie bspw. Strafanzeigen oder Schadensersatzforderungen) gegen zu diesem Zeitpunkt bei der WestLB befindliche Beschäftigte bereits erfolgt oder zukünftig zu erwarten?

Ralf Witzel